

## Strategische Steuerung der Stadt Präambel

Die Stadt Wuppertal steht - wie auch viele andere Kommunen - vor einer ihrer größten Herausforderungen. Die Bevölkerung wird sich mittelfristig erheblich verringern. Die Wirtschaft befindet sich in einer strukturellen Krise bei hoher Arbeitslosigkeit. Es droht eine soziale Segregation. Die städtischen Finanzen befinden sich in einem katastrophalen Zustand.

Es ist daher notwendig, alle Kräfte zu mobilisieren und gemeinsam Ziele und Handlungsschwerpunkte zu erarbeiten und umzusetzen, um diesem Trend entgegenzuwirken.

Die Stadtverwaltung verfügt zwar über Instrumente und Elemente der Steuerung; diese werden jedoch nicht systematisch, regelmäßig und flächendeckend angewendet.

Darüber hinaus fehlten bisher sowohl einheitliche, aufeinander abgestimmte, priorisierende gesamtstädtische Ziele; als auch diesen Zielen zugeordnete Indikatoren.

Der Verwaltungsvorstand hat sich im Januar 2003 deshalb entschlossen, erstmalig strategische Ziele – orientiert am Leitbild/Zieldreieck der nachhaltigen Entwicklung - und Handlungsschwerpunkte der Stadt – verbunden mit diesen zugeordneten Indikatoren - zu formulieren und sie im Rahmen eines zweijährigen Managementprogramms parallel zum Doppelhaushalt zu realisieren. Der Verwaltungsvorstand wird sich vierteljährlich über die Umsetzung des Programms informieren lassen. Auch sollen alle bisherigen Steuerungsinstrumente optimiert und im Sinne der Belange der Bürgerinnen und Bürger effizienter und transparenter gestaltet werden.

Die neue strategische Steuerung geht auch von einem veränderten Selbstverständnis von Stadt und Stadtverwaltung aus. Selbstverständlich übt die Stadtverwaltung in einzelnen Bereichen hoheitliche Funktionen aus – hier obliegt ihr die Aufgabe, notwendige Entscheidungen angemessen zu treffen und transparent zu machen. Darüber hinaus erfüllt sie wesentliche Kernaufgaben öffentlicher Daseinsvorsorge, hierfür hat sie eine Gewährleistungspflicht; d.h., sie muss die Aufgaben in eigener Verantwortung wahrnehmen oder hat dafür Sorge zu tragen, dass Dritte sie adäquat erfüllen. Diese klassische Eingriffs- und Leistungsverwaltung wurde in den letzten Jahrzehnten aber zunehmend ergänzt durch die Kommune als Dienstleister. Die Bürgerinnen und Bürger wurden Kunden. Darüber hinaus sind Anhörungs- und Beratungsrechte der Bürgerinnen und Bürger gestärkt worden. Direkte demokratische Instrumente wie Bürgerbegehren und –entscheide, Agenda-Prozesse, Runde Tische, Stadtteilforen sind Teil des Lebens in der Stadt.

Jetzt findet ein weiterer Paradigmenwechsel statt; die Bürgerinnen/Bürger sind nicht nur Empfänger städtischer Leistungen, die möglichst bedarfsge- recht und kompetent erbracht werden, sondern auch Mitwirkende und Trä- ger von Verantwortung für das örtliche Gemeinwesen. Es werden nämlich eine Vielzahl örtlicher Projekte verwirklicht und Aktivitäten durchgeführt, in denen Bürger, Gruppen, Organisationen und Unternehmen als Mitgestalter oder Koproduzenten kommunaler Lösungen und Projekte in Erscheinung treten. Viele kommunale Leistungen und manche Investitionen sind ohne bürgerschaftliches Engagement oder Public-private-Partnership nicht mehr realisierbar.

Dieses Bestreben, sich zu engagieren und Dinge selbst in die Hand zu nehmen, korrespondiert mit der sich zuspitzenden finanziellen Situation der Kommunen. Viele Bereiche, die früher von der Kommune getragen oder a- ber von ihr finanziell unterstützt wurden, müssen jetzt oder in naher Zukunft darauf verzichten.

Der zunehmende Wunsch nach Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger be- deutet eine Herausforderung für die kommunale Verwaltung. Die Identifikati- on mit dem Gemeinwesen findet in erster Linie auf lokaler Ebene statt. Ziel der kommunalen Verwaltung ist künftig , Kräfte und Aktivitäten bürgerschaft- lichen Engagements zu bündeln und zu fördern sowie die Selbsthilfe und Selbstorganisation zu unterstützen. Dies bedeutet, dass die Verwaltung den Bürgerinnen und Bürgern klar umrissene Angebote für freiwillige Tätigkeiten unterbreitet, sie an Aufgaben, die bisher von der Kommune wahrgenommen werden, zu beteiligen, ihnen Qualifizierungsmöglichkeiten eröffnet, Vernet- zungen der bestehenden Aktivitäten herstellt, Projekte begleitet, Tätigkeiten in der Öffentlichkeit angemessen würdigt und als Ansprechstelle für alle In- teressierten zur Verfügung steht. Die Verwaltung erfüllt die Rolle als koordi- nierende Stelle und als „Plattform“. In diesem Sinne kann von einer aktivie- renden Kommunalverwaltung und einer Bürgerkommune gesprochen wer- den.

Dies ist der Kern des neuen Selbstverständnisses!

Die Stadt ist die Gesellschaft der Einwohnerinnen und Einwohner mit dem gemeinsamen Ziel eines attraktiven und lebenswerten Wuppertals. Dazu müssen möglichst viele einzelne Einrichtungen, Institutionen und Gruppen, aber auch jeder einzelne, gemeinsam unter Berücksichtigung der individu- ellen Möglichkeiten beitragen.

Dieses Eigenengagement trägt maßgeblich zur Identifikation der Bürgerin- nen und Bürger mit ihrer Stadt bei. Es bietet darüber hinaus eine große Chance zur Stärkung der Demokratie in der Kommune. Kommunale Selbst- verwaltung bedeutet künftig mehr denn je auch bürgerschaftliche Selbstor- ganisation und Selbstverantwortung.